

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Für unvollständig eingelangte Manuskripte  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Mölke in Berlin.

### Rücktritt des Kabinetts Nitti.

#### Der Ansturm der Sozialisten und Katholiken gegen Nittis Politik.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Basel, 11. Mai.

Aus Mailand wird über die gestrige Sitzung der römischen Kammer gemeldet: Die Sozialisten und die Katholische Volkspartei verlangten in der Kammer Sitzung, daß über die Post- und Telephonverordnung sofort verhandelt und die Beratung über den Entwurf des Ministeriums des Innern unterbrochen werde. Nitti erwiderte, er könne diesen Antrag nicht annehmen, und stellte die Vertrauensfrage. Er blieb mit 103 gegen 112 Stimmen in der Minorität. Infolgedessen ist das Kabinett Nitti zurückgetreten. Für das Kabinett haben nur die Radikalen und die Reformsozialisten gestimmt, dagegen die Katholiken und Nationalisten.

Die italienische Presse hat, wie wir bereits im gestrigen Abendblatt meldeten, schon seit längerem die heikle Lage des Kabinetts Nitti in Rechnung gezogen und nur angenommen, daß die Schwierigkeit, einen geeigneten Nachfolger zu finden, die Opposition von einem schroffen Vorgehen abhalten werde. Nitti selbst wußte Bescheid um den Ernst der innerpolitischen Lage, und er hatte an die Verbündeten die Mitteilung gelangen lassen, daß er mit Rücksicht auf die parlamentarische Situation sich nicht auf außenpolitischen Verhandlungen außer Landes begeben könne. Es ist darum auch nicht ganz ausgeschlossen, daß dieser Umstand auf die Entscheidung, die Rominger von Spaa um vier Wochen zu verziehen, mitgewirkt hat. Das Zusammengehen der Sozialisten und der katholischen Volkspartei, den nach den letzten Kammerwahlen in erheblicher Stärke ins Parlament eingezogenen „Popolari“

bildet keine Überraschung mehr. Es hatte sich schon auf dem katholischen Parteitag in Bergamo, bei dem namentlich die eigenartigen Sozialisierungstendenzen der kleinen Bauernschaft zum Durchbruch kamen, angekündigt. Zeither ist auch die liberale Fraktion, entsprechend dem Drängen aus der Wählerchaft, mehr und mehr ins sozialistische Fahrwasser geraten und zuletzt stark oppositionell geworden. Was nun werden soll, ist wohl eine Frage, über die sich die Kammer selbst, von dem Ergebnis ihrer eigenen Abstimmung überlassen, zunächst unklar ist. Man kann kaum davon sprechen, daß die beiden Parteien, die gestern abfielen, eine regierungsfähige Mehrheit darstellen. Das würde sich bei dem Verlaufe einer Kabinettsbildung sofort herausstellen. Es fragt sich, ob nicht doch einfach ein umgebildetes Kabinett Nitti wiederkehren wird. Sollte es aber auch zu einem vollständigen Kabinettswechsel und zu einem interparteilichen Systemwechsel kommen, so würde wohl die italienische auswärtige Politik hier von unerbittlich bleiben. Die ganz bestimm orientierte äußere Politik Nittis, die seiner Regierung bisher das eigentliche Gepräge gegeben hat, ist fast von der ganzen Kammer und vom ganzen Lande und gerade am meisten von denjenigen Parteien, die ihn jetzt gestützt haben, gebilligt worden. Vielleicht hat gerade die Sicherheit, daß auch Nittis Nachfolger unter seinen Umständen von den Radikalen dieser Art Verführung gerechtes Außenpolitik abweisen kann, zu seinem Sturze beigetragen. So vollständig sich dieser Abgang unter dem Zeichen einer sehr großen, fast allgemeinen Verurteilung, welche Bedeutung die Persönlichkeit und die Politik Nittis auch in den Augen der nichtpolitischen Welt gewonnen haben, braucht nicht mehr gesagt zu werden. Aus Rom kamen die ersten, stärksten und vor allem einmütigen Kundgebungen für einen wirklichen Frieden, für einen Wiederaufbau Europas und für die Forderungen der Vernunft. Von Nitti, der diese Ideen bereits formuliert, dürfte auch die erste Anregung zu der Einladung nach Spaa gekommen sein.

### Ein offenes Wort.

Von (Nachdruck verboten.)

A. v. Kröher, Major a. D.

Der Verfasser der hier folgenden Ausführungen war aktiver Offizier bis zum Beginn des Krieges und erhielt während des Krieges, in dem er verwundet wurde, an der Front das Eiserne Kreuz I. Klasse. Mit fast allem, was er in seinem Artikel sagt, wird man sich einverstanden erklären können. Wenn er bemerkt, daß die Staatsleitung die Beendigung des Krieges nicht in dafür günstigen Augenblick durchgeführt habe, so ist auch das richtig, aber es darf nicht vergessen werden, auf welche Widerstände sie in den Kreisen der Obersten Seeresleitung stieß, die an ihren anexionistischen Plänen zäh festhielt und sich von der lärmenden Agitation für den unbeschränkten U-Boot-Krieg gewinnen ließen. So wurde, unter dem gemeinsamen gewaltigen Druck der Rechtspartei, der sonstigen U-Boot-Schwärmer und der Militärs, die ohnehin nicht sehr widerstandsfähige Staatsleitung schwach, und es wurde nicht nur die Gelegenheit zum Friedensschluß veräußert, sondern auch Amerika in den Krieg hineingezogen und die Niederlage Deutschlands unvermeidlich gemacht. Die Redaktion.

Die maßlose monarchistische Agitation der immer extremer sich entwickelnden Deutschnationalen Partei zwingt namentlich auch Leute, die früher, ihrem Verufe entsprechend, auf dem Boden der konservativen Partei standen, sich von den Deutschnationalen abzuwenden, die mit den Unabhängigen zusammen heute die gefährlichsten Gegner der jungen demokratischen Republik geworden sind. Gemäßigte Elemente sind bereits aus der Partei ausgetreten, viele werden noch folgen, und in der jungen Generation, die heute noch nicht aus Ruher gelangen kann, gewinnt eine gemäßigte Richtung die Oberhand. Wenn die Deutschnationale Partei mit ihrer jetzigen Agitation so weiter fortfährt, und nicht in der Lage ist, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, so werden immer mehr Stimmen aus dem eigenen Lager laut werden, die bisher aus allüberwiegender Gesinnung heraus geschwiegen haben. Es wäre absolut verfehlt und unrichtig, der Deutschnationalen Partei vorzuwerfen zu wollen, daß sie bewusst die Geschichte fälsche. Die Tragik der Partei liegt darin, daß ihre wilde Agitation aus einer idealen, reinen Ueberzeugung und Gesinnung kommt, und aus diesem Grunde ist sie doppelt verhängnisvoll für die Gesamtheit des Volkes.

Es ist ein Unglück, daß diese Partei nicht einsehen kann und nicht einsehen will, wie irrtümlich die Idee von dem berühmten „Dolchstoß von hinten“ ist. Sie will noch nicht begreifen, daß die Revolution nicht eine Tat gewissenloser Elemente, sondern die notwendige Folge davon war, daß unsere maßgebenden politischen und militärischen Stellen nicht das richtige Augenmaß für die Stärke und den Widerstand des deutschen Volkes besaßen. Der Vogen wurde überhastet und geracht in Deutschlands schicksalsschwerster Stunde. Die Revolution war durch die Blindheit und die Unentschiedenheit unserer Führung eine geschichtliche Notwendigkeit geworden. Das der Moment der Revolution der den Aufbau ungenügend war, wird sich weit in sozialistische Kreise hinein erstrecken. Die Schuld an der Revolution trägt aber nicht das Volk, sondern sie lastet auf seinen Führern. Ein so beispielloses opferwilliges Volk wie das deutsche ändert sich nicht von heute zu morgen. Es hatte alles hergegeben, was es befaß an Gut und Blut, es hatte gehungert und gedurft, aber einmal kommt die Grenze, die nicht überschritten werden darf. Noch im Frühjahr 1918 ging die Armee mit neuem Mut an die große Offensive heran. Als sich aber auch hier zeigte, daß die Mittel unzureichend, die Reserven in nicht genügender Menge vorhanden waren, als sich weiterhin zeigte, daß das Verprechen der Obersten Seeresleitung, daß die Wärfel zu unseren Gunsten gefallen sein würden, bevor die amerikanische Hilfe im großen Stil einsetzte, nicht gehalten werden konnte, da war das Siegesbewußtsein auch in den besten Divisionen zerbrochen. Sie taten trotzdem weiter ihre Pflicht — nicht nur, bis der Kaiser seine Armee verließ, sondern teilweise bis zum Einmarsch in Deutschland. Die sogenannten Ostdivisionen waren im Frühjahr 1918 zum Teil in einer so mangelhaften disziplinierten Verfassung, daß man ihnen gern aus dem Wege ging. Wer nur in bevorzugen Kampfdivisionen gestanden hat, weiß, wie uns allen zumute war, nachdem die große Offensive mit strategisch unverständlichen Erfolgen und ungeheuren Verlusten gesendet hatte. Niemand wird Hindenburg einen Vorwurf machen wollen; die Oberste Seeresleitung konnte nicht das ausdenken, was die Diplomaten in den günstigsten Momenten verpaßt hatte. Was die Engländer vorausgesetzt hatten: Die Deutschen gewinnen die Schlachten und wir gewinnen den Krieg, mußte nun eintreten. Es ist eine müßige Frage, darüber zu streiten, ob unsere Kriegsstärke, wenn auch nicht die stärkste, so doch sicherlich die beste der Welt, rechtzeitig eingesetzt, unser Schicksal noch hätte wenden können. Aber auch hier, wie immer: der Entschluß kam zu spät. Als letzte Entscheidung angerufen werden sollte, war bereits der Geist der Marine zerstückelt, die Zuversicht und der Glaube an unsere Führung verloren dahin.

Nicht das Volk hat den Dolchstoß von hinten vollführt, nicht unsere Marine, nicht unsere Armee, sondern die oberste Staatsleitung, die unser Volk langsam verbluten ließ, ohne es zu merken. Aber die Heimat stand nicht von dem, was draußen vorging. In den Zeitungen wurde es ja nicht; und die Menschen konnten und wollten es nicht glauben, wenn sie hörten, daß es draußen anders aussah. Ja, es war zum Schluß so weit gekommen, daß hervorragende Soldaten, die sich in Ehren das Eiserne Kreuz erster Klasse erworben hatten, nicht wieder an die Front wollten. Ein Ausräumen der Marine, ein begeistertes Patriot, der bereitwillig alles aufbot, um seine Leute noch am Entscheidungstage der Marine zum

### Reichszugler Müller über die deutsche Außenpolitik.

Das deutsche Vorgehen im Ruhrgebiet und die Besetzung  
Frankfurts. — Das Verhältnis zu Italien, zu Rußland  
und Polen. — Die Ausfichtspolizei der französischen  
Aheinslandpolitik.

Paris, 12. Mai. (M. T. F.)

Die „Gazzetta del Popolo“ in Turin veröffentlicht ein Interview ihres Sonderkorrespondenten D'Onofrio Pedraggi mit dem Reichszugler Müller.

Auf die Frage, welche Folgen die Besetzung Frankfurts und seiner Umgebung durch französische Truppen für Deutschland nach sich ziehen, antwortet der Reichszugler: „Sie wissen, daß die Besetzung Frankfurts und seiner Nachbarstädte von Frankreich damit motiviert wurde, daß die deutsche Regierung die Bestimmungen des Friedensvertrages verlegt habe, als sie ihre Truppen zur Wiederherstellung des unter kommunistischer Flagge lebenden Terrorismus in das rheinisch-westfälische Industriegebiet einrückte. Betrachten Sie diese Begründung näher: Frankreich hat aus dem Friedensvertrag ein Recht auf Kohlenlieferungen und das höchste Industriegebiet des Ruhrgebietes bestritten werden. Die erste Bedingung ist aber selbstverständlich die, daß in dem Kohlengebiet Ruhe und Ordnung herrscht, daß die Arbeit nicht gewalttätig unterbrochen und unmöglich gemacht wird. Frankreich hätte der deutschen Regierung zweifellos einen Vorwurf machen können, wenn sie durch unzulässige Zufuhren den Herd der Unruhen im Ruhrgebiet hätte noch weiter ausdehnen und damit die Unterbrechung der Produktion und der Lieferung für längere Zeit und im weitesten Umfang hätte Weg greifen lassen, nicht aber dafür daß sie eintritt.“

Die deutsche Regierung hat im eigenen Interesse alle Mittel zu ergreifen, den Arbeitsfrieden ohne Anwendung von Gewalt wieder herzustellen. Dies gelang ihr nicht, obwohl sie sich mit der großen Mehrheit der Arbeiter geeinigt hatte, weil eine kleine bewaffnete, gewalttätige Minorität radikaler, verdrängender Elemente in der Verwirrung die Gewalt an sich gerissen hatte. So blieb der Reichsregierung nichts anderes übrig, als die Reichswehrtruppen zur Herbeiführung geordneter, verfassungsmäßiger Zustände herbeizuführen. Durch diese Anruhen hat die Kohlenproduktion des Industriegebietes eine so schwere Schädigung erlitten, die Lage der Arbeiter und der arbeitwilligen Arbeiter war unter der Gewaltthätigkeit der roten Armee eine so gefährdete, daß ein längeres Dauern des Stillstandes durch die Regierung ein nicht entbehrliches Verhängnis gewesen wäre. Wenn die Reichsregierung so schnell und ohne große Verluste an Menschenleben und Material die Ruhe wieder herstellen konnte, so geschah dies deshalb, weil sie zur rechten Zeit eingegriffen ist. Die schnelle Herstellung von Ruhe und Ordnung aber lag ebenso sehr im Interesse von Deutschland wie im Interesse von Frankreich und der anderen Länder, die aus Deutschland Kohlenlieferungen erhalten. Das Vorgehen der Regierung bewies vor allem die Sicherstellung dieser Ansprüche und vor demnach durchaus im Sinne des Friedensvertrages. Dies als eine Verletzung des Vertrages oder gar als eine Verletzung Frankreichs anzusehen zu wollen, erscheint wohl widersinnig.“

Die Besetzung Frankfurts, Dortmunds und ihrer Nachbarstädte durch die Franzosen war eine schwere Schädigung für uns, allerdings wegen ihrer außerordentlich großen materiellen Nachteile für Deutschland, jedoch aber, weil sie uns zeigte, wie unabweisbar groß auch jetzt noch Zuträgen des

Friedens für Deutschland die Unversicherheit bleibt, wie wenig uns der christliche Wille zur Erfüllung des Friedensvertrages vor Ueberletzung seiner Bestimmungen von anderer Seite schert. Damit ist für die weitere Entwicklung ein neuer Faktor der Unsicherheit geschaffen, der die Wiederherstellung unserer Wirtschaft und die Gesundung unserer inneren Politik außerordentlich erschweren muß.

Die materiellen Nachteile, die die Besetzung Frankfurts und seiner Umgebung mit sich bringt, wird jeder begreifen, der die Bedeutung Frankfurts als Geschäfts- und Verkehrsplatz sowie als Zentrum des wirtschaftlichen Verkehrs des deutschen Südwestens kennt.

Das Gelingen des deutschen Volkes wurde durch die formlose, nichtgehende Art, mit der Frankreich über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinweggeht, und altes deutsches Kulturland mit seinen Kolonialtruppen besetzt, außerordentlich verletzt. Schon da, wo der Frieden den Rechtsboden dafür gibt, wird die Besetzung als eine schwere Last empfunden. Innerlich aber erachtet sie dem Volke dort, wo sie nicht mehr als eine Maßnahme erscheint, deren rechtliche Durchführung von allen Unterzeichnern des Friedensvertrages garantiert wird, sondern als Willkür einer fremden Macht auftritt.

Die inneren Schwierigkeiten, die dem Reich durch die Besetzung Frankfurts entstehen, sind Ihnen wohl aus den Erfahrungen Ihres hiesigen Auftretens bekannt.“

Auf die Frage, wie der Reichszugler über die Politik Italiens gegenüber Deutschland dente, sagte der Reichszugler: „Die Politik, die Italien in letzter Zeit uns gegenüber verfolgt hat, ist zweifellos eine freundliche gewesen und der Wiederaufknüpfung guter Beziehungen sehr förderlich. Insbesondere das Verhalten Ihres Ministerpräsidenten auf der letzten Londoner Konferenz sowie gegenüber dem französischen Einmarsch, endlich seine Erklärungen in der Kammer beweisen eine menschliche Gerechtigkeit und seine richtige Erkenntnis der Lage. Wir werden unterdessen das Möglichste tun, die guten Beziehungen zu Ihrem Lande zu fördern.“

Auf die Frage, wie die Beziehungen zu Rußland und Polen sich gestalten würden, erwiderte der Reichszugler: „Es ist unser Wunsch und unsere Hoffnung, daß unsere Beziehungen zu Rußland wie zu allen Völkern sich freundschaftlich gestalten mögen. Ebenso möchten wir gute Beziehungen zu Polen. Die Abreise des Grafen Oberndorff nach Warschau ist ein Schritt in dieser Richtung. Freilich erschwert die politische Regierung uns die Verwirklichung unserer guten Wünsche sehr. Deutsche und Juden werden in Polen sehr schlecht behandelt. In der Frage des Korridors legt sich die polnische Regierung über die klaren Vertragsbestimmungen vollständig hinweg.“

Auf die Frage, ob der Reichszugler an einen Erfolg der von den Franzosen so offen verfolgten Rheinlandpolitik glaube, gab der Reichszugler zur Antwort: „An einen Erfolg der französischen Bemühungen das Rheinland vom Reich zu trennen, glaube ich nicht. Sie haben ja selbst in diesem Gebiet die Beobachtung gemacht und in Ihrem Blatt ausgesprochen, wie wenig die Rheinländer davon wissen wollen, wie treu sie zu Deutschland halten. Durch die Last einer militärischen Besetzung und durch Quälereien ist eine Verödung noch nie gewonnen worden. Die Franzosen sollten das eigentlich am besten wissen. Auch ihnen wird hoffentlich die Erkenntnis kommen, daß das Heil Frankreichs nicht, wie das und fürst eine große Zahl von Franzosen noch immer glauben machen, in der Beherrschung des Deutschen Reiches, sondern im Zusammenwirken beider Völker liegt. Ein Jahrtausend des unruhigsten Bestehens, ein ebenso langes Stehen im- und Herumgehen der zerfallenden Ränge um die Grenze, sollte beide Völker wohl belehrt haben, daß dieses fruchtlose Ringen sie immer wieder erschöpft, aber keines Fakt oder dauernd vergrößert, und daß es endlich Zeit ist, vernünftiger Beziehungen miteinander zu versuchen.“